

Asylzuwanderung von Türken fast verdreifacht

Die meisten haben keine Schutzgründe, werden aber selten abgeschoben – denn Ankara errichtet Hürden

Bei türkischen Einwanderern denken viele zunächst an Gastarbeiter und deren Nachkommen, doch das Land am Bosphorus ist seit Jahrzehnten auch ein Hauptherkunftsland von Asylbewerbern. Im Zuge der stark gestiegenen illegalen Migration nach Deutschland reisen auch viel mehr Türken unerlaubt ein, um Anträge zu stellen, die mehrheitlich abgelehnt werden. Dennoch gelingt nur in seltenen Fällen eine Abschiebung.

VON MARCEL LEUBECHER

2022 stellten bis Ende November 19.754 Türken Asylersanträge in Deutschland, im gesamten Vorjahr waren es 7067. Das bedeutet fast eine Verdreifachung im Vergleich zu 2021. Die EU-Asylagentur EUAA teilte kurz vor Weihnachten mit, die Zahl der Asylanträge von Türken in der EU sei „auf ein neues Allzeithoch“ geklettert, mit 7400 Anträgen im Oktober. Neuere Zahlen veröffentlicht die EUAA erst in einigen Wochen. Deutschland ist das weitaus beliebteste Zielland für türkische Asylsuchende in der EU. Hier gab es nach Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Oktober 3324 und im November 4691 Erstanträge. Die Türkei ist in diesem Jahr nach Syrien und Afghanistan das dritt wichtigste Asylherkunftsland.

Und unter den türkischen Asylbewerbern sind 2022 viel mehr Flüchtlinge als in früheren Jahren. Die Anerkennungsquote liegt bei 28 Prozent, bei ihnen stellte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Gründe für die Erteilung von Flüchtlings-, Subsidiär- oder Abschiebungsschutz fest. Wie aus der Behörde zu hören war, kommen aktuell mehr Regierungsgegner, denen äußerst harte Strafen drohen. Beispielsweise hat das Parlament im vorigen Frühling ein Gesetz gegen sogenannte Fake News verabschiedet. Wer aus Sicht des türkischen Staats falsche oder verzerrende Informationen verbreitet, kann eine Haftstrafe bis zu drei Jahren erhalten. Zudem verschärft sich die wirtschaftliche Lage, die Inflation liegt bei 80 Prozent.

In früheren Jahren lag die Anerkennungsquote von Türken in Deutschland oft im einstelligen Bereich, erst seit dem Putschversuch von Teilen des türkischen Militärs im Jahr 2016 nahm sie zu auf annähernd 20 Prozent, weil sich der Druck auf Regierungsgegner erhöht hatte. Trotz dieser veränderten Lage wird aber auch noch heute die Mehrheit abgelehnt, allerdings nur selten abgeschoben. So lebten zur Jahresmitte laut Bundesinnenministerium fast 79.000 Türken mit abgelehntem Asylantrag in Deutschland. Darin sind nicht die Fälle enthalten, die einmal abgelehnt, aber später eingebürgert wurden – diese werden nämlich mit der Einbürgerung aus dem Ausländerzentralregister gelöscht. Allerdings ist zu beachten, dass die Ablehnung der 79.000 Asylbewerber meist schon viele Jahre zurückliegt und längst eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, was meist einige Zeit nach Ablehnung der Fall ist. Zur Jahresmitte war nur ein Bruchteil, nämlich 10.666 Türken, ausreisepflichtig.

Abgeschoben in die Türkei wurden laut WELT vorliegenden Daten der Bundespolizei im vorigen Jahr bis Ende November nur 437 Personen. Neben vielen hausgemachten Problemen, die Rückführungen entgegenstehen, etwa das regelmäßige „Nichtantreffen“ des Migranten am Abschiebungstag durch zurückhaltende Anwendung der Abschiebungshaft, ist ein wichtiger Faktor die mangelnde Kooperationsbereitschaft vieler Herkunftsstaaten – und auch der Türkei. Aus Landesministerien ist zu hören, dass die Ausstellung der Papiere sich oft monatelang verzögert oder die Konsulate nicht reagieren.

ZIPPERT ZAPPT

Politiker, Polizeipräsidenten und Naturschützer fordern ein Böllerverbot an Silvester, damit sich die schlimmen Bilder mit Christine Lambrecht nicht wiederholen. Doch eigentlich, da sind sich alle Experten einig, müsste man Silvester verbieten. Ein ziemlich überflüssiger Tag, voller fataler Forsätze, Feinstaub, Feuerwerksmissbrauch und Ponduewahn. Nur eine Woche nach Heiligabend zwingt man die Bevölkerung, schon wieder durchzudrehen, das kann nur schiefgehen. Auf jeden Fall sollte in Berlin vom 30.12. bis 2.1. eine allgemeine Aus-

Ein aktuelles Problem sei, dass die Türkei „unheimlich hohe Anforderungen“ stelle und „umfangreiche Informationen“ über abzuschiebende Staatsbürger verlange, sagte ein Beamter WELT. Oft werde der vollständige Bescheid des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge verlangt, der viele private Angaben aus den Befragungen enthält. Und falls es zu Klagen gegen die Ablehnung kam, was überwiegend der Fall ist, sollen auch die Gerichtsurteile eingereicht werden. „Das sind Informationen, die will ich nicht herausgeben“, so der Beamte. Im Gegenzug händigt die Türkei dann häufig nicht die unbedingt erforderlichen Reisepapiere aus. Den überlasteten Rückführungsbeamten sind die Hände gebunden, solange Berlin oder Brüssel durch diplomatischen Druck keine bessere Kooperation der Herkunftsstaaten erwirken.

Ein aktuelles Beispiel offenbart, wie schwach dieser Druck ausfällt. Weil das kleine Gambia – dessen Präsident schon einmal aus Deutschland abgeschoben wurde, wie WELT AM SONNTAG recherchiert hatte – besonders dreist die völkerrechtliche Pflicht zur Rücknahme eigener Bürger blockierte, kündigte die EU mit rhetorischer Entschlossenheit den „Visum-Hebel“ an. Diese an sich sehr erfolgversprechende Methode – Touristenvisa einzuschränken, sodass die wohlhabende Schicht unkooperativer Staaten auf Stippvisiten verzichten muss, ohne die arme Bevölkerung zu schädigen – verkümmerte zu einem Hebelchen: Am 8. Dezember nun beschloss der EU-Rat die Erhöhung der Visagebühr für Gambia von den üblichen 80 auf 120 Euro, um „auf den Mangel an substanziellen Verbesserungen bei der Rückübernahme“ zu reagieren.

Die rund 7000 gambischen Ausreisepflichtigen in Deutschland werden wohl weiterhin über Duldungen in Aufenthaltstitel hineinwachsen, so, wie es auch in der Regel bei Türken oder aus anderen Ländern kommenden Asylsuchenden ohne Schutzgrund der Fall ist. Auch über das von der Ampel-Koalition geschaffene „Chancen-Aufenthaltsrecht“. Dadurch wird sich wohl bald die Zahl der Ausreisepflichtigen von rund 300.000 um ungefähr 100.000 reduzieren – ganz unabhängig von Ausreisen oder Abschiebungen. Denn mit dem sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht können solche Ausreisepflichtigen mit Duldung, die zum 31. Oktober 2022 schon fünf Jahre im Land lebten, für ein Jahr eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, um in dieser Zeit die Erfordernisse für einen dauerhaften Aufenthaltstitel zu erfüllen: nämlich die überwiegende Sicherung ihres Lebensunterhaltes, grundlegende Sprachkenntnisse und eine geklärte Identität. Ampel-Politiker erweckten mehrmals den falschen Eindruck, es gehe um seit fünf Jahren Geduldete. Dass es hingegen Geduldete betrifft, die seit fünf Jahren im Land leben, ist ein entscheidender Unterschied: Denn wer 2016 illegal einreiste, wurde wegen der langsame Asylverfahren oft erst 2018 abgelehnt, und nach der meist folgenden Klage gegen das BAMF folgten dann oft weitere zwei Jahre bis zur Verwaltungsgerichtsentscheidung.

Diese Möglichkeit ist die jüngste unter den bestehenden für die abgelehnten Asylbewerber oder aus anderen Gründen ausreisepflichtig gewordenen Migranten, über Duldungen in den legalen Aufenthalt zu gelangen. Weil Deutschland seit vielen Jahren kaum abschiebt, wurden große Anstrengungen unternommen, um freiwillige Ausreisen stärker zu fördern, rund 1000 Euro werden inzwischen gezahlt, manchmal ergänzt durch Reintegrationsprogramme nach Rückkehr. Dieses Angebot unterbreitet die Bundesrepublik jedem Ausreisepflichtigen, bevor sie zu der harten Maßnahme der Abschiebung greift. Doch nicht einmal 200 ausreisepflichtige Türken machten 2022 davon im Rahmen des Bundesprogramms REAG/GARP Gebrauch.

gangssperre gelten. Noch besser, Silvester wird komplett abgeschafft. Dieser Jahreswechsel ist eine ziemlich willkürliche Angelegenheit. Manche Jahre sind so gut, die Älteren werden sich erinnern, dass sie noch ewig weiterlaufen müssten, und das vergangene Jahr hätte man spätestens am 24. Februar beenden sollen. Dann wäre die scholtsche Zeitenwende auch viel glaubhafter gewesen. Außerdem leben wir in einem freien Land, und der freie Bürger darf sich nicht von windigen Kalenderherstellern vorschreiben lassen, welches Datum er schreiben soll.



HENNING KASSEL/DPA

Barrikaden in Flammen, fliegende Steine: Das nordrhein-westfälische Lützerath soll zur Kohlegewinnung abgebagert werden – ist aber von Aktivisten besetzt. Als die Vorbereitungen für die Räumung beginnen, kommt es zu Angriffen auf Polizisten. Die Situation beruhigt sich, die

Polizei zieht sich zurück. Doch in den nächsten Wochen geht der Konflikt in die heiße Phase. Zu radikalen Aktionen im Namen des Klimaschutzes kommt es derzeit immer wieder. Und Gerichte sprechen immer wieder Bürger frei, die etwa Bäume besetzen. Wie kommt es dazu? **Seiten 2/3**

Gewalt an Silvester: „Das macht fassungslos“

Bundesregierung verurteilt Angriffe auf Feuerwehr und Polizei. Konsequenzen gefordert

Die Berliner Silvesternacht hat bundesweit für eine Debatte gesorgt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser zeigte sich bestürzt über die Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte und forderte eine strenge Bestrafung der Täter. „Das ist ein Ausmaß an Gewalt, das fassungslos und wütend macht – und es zeigt eine Verhörung, die konsequentes Handeln erfordert.“ Forderungen nach Strafverschärfungen schloss sich die SPD-Politikerin aber nicht an.

VON SEBASTIAN BEUG UND THORE BARFUSS

Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) forderte eine bundesweite Regulierung für Böller. „Es braucht ein bundeseinheitliches Vorgehen, eine Abstimmung in der Innenministerkonferenz“, sagte Giffey dem Fernsehsender WELT. In der Debatte über die Einschränkungen von Böllern oder Verbote könne es keine Inzellösung nur für Berlin geben. Stattdessen werde Berlin den Vorsitz in der Innenministerkonferenz

nutzen, um dort eine bundeseinheitliche Regelung zu thematisieren.

Der Neuköllner Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD) sprach gegenüber WELT von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“, die er in seinem Bezirk zum Teil beobachtet habe. „Das hatte in diesem Jahr eine neue Qualität“, so Hikel. In einzelnen Fällen seien Rettungskräfte bewusst in einen Hinterhalt gelockt worden, um sie dort anzugreifen. Das sei ein „hoch kriminelles Verhalten“.

Auch die Bundesregierung verurteilte die Angriffe. „Diese teils massiven Übergriffe auf Einsätze von Polizei und Feuerwehr, ehrenamtliche Helfer sowie auch auf Journalisten in der Silvesternacht verurteilt die Bundesregierung, natürlich auch der Bundeskanzler, auf das Schärfste“, sagte eine Regierungssprecherin. Die Regierung habe großes Vertrauen in die Ermittlungsbehörden der Länder, dass die Täter konsequent ermittelt würden.

Auf die Frage, ob nun ein Verbot von Böllern und Silvesterraketen erwogen werde, verwies eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums auf bereits existierende Verbotsregeln – etwa in der Nä-

he von Krankenhäusern und Altersheimen – sowie die Möglichkeit für Länder und Kommunen, sogenannte Böllerverbotzonen einzurichten.

Deutlicher positionierte sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Als Reaktion auf die Angriffe verlangte sie, mit einem weitgehenden Böllerverbot Ernst zu machen: „Diesen Menschen muss man das Handeln in Zukunft deutlich erschweren.“ Auch die Feuerwehr-Gewerkschaft erklärte: „Hier wird man sich für den nächsten Jahreswechsel ganz klar Gedanken machen müssen.“ Diese forderte zudem, Einsatzfahrzeuge mit sogenannten Dashcams auszustatten. Das sind kleine Kameras, die oftmals hinter der Windschutzscheibe montiert werden. So könnten derartige Angriffe besser dokumentiert werden.

In der Silvesternacht waren Einsatz- und Rettungskräfte in Berlin und anderen Städten massiv angegriffen worden. Zum Teil musste die Polizei ausrücken, um Feuerwehrleute beim Löschen von Bränden gegen Angriffe zu schützen. Allein in Berlin gab es mehr als 30 verletzte Einsatzkräfte. **Seite 4**

KOMMENTAR

Eine hoch identitäre Bewegung

WOLFGANG
BÜSCHER

Deutsche Debatten sind oft kurios. Gern gehen sie konsequent am Kern der Sache vorbei. In der Silvesternacht griff – was viele Videos nahelegen – Berlins Migrantenjugend mit allem, was zur Hand war, mit Feuerwerkskörpern, Feuerlöschern oder Schrecksschusswaffen, Berlins Rettungskräfte und Polizei an. Und wir? Wir reden darüber, wie schlimm das Böllern sei. Wir moralisieren das Thema. Wir reden über das klima- und gesundheitsschädliche Böllern. Über ein Böllerverbot. Kann man machen, aber nur, wenn man beide Augen fest vor der Realität verschließt.

Der Unterschied zwischen Böllern und bewaffnetem Angriff ist einfach zu erklären: Wo fröhliche Menschen mit ihren Kindern und Freunden das neue Jahr mit Feuerwerk begrüßen, da steigen ihre Raketen senkrecht nach oben, gen Himmel. Wo aber hasserfüllte Menschen in Kompaniestärke Feuerwehren und Polizisten angreifen, da gebrauchen sie ihre Raketen

als Waffen und feuern sie horizontal auf Menschen. Um sie zu treffen. Um sie möglichst schwer zu verletzen. Um diese Taten per Video zu dokumentieren und sich in ihren Milieus damit zu brüsten. Das eine hat mit dem anderen nichts, aber auch gar nichts zu tun. Das eine ist Silvester. Das andere ist Bürgerkrieg. Wobei – ist Bürger das richtige Wort? Sieht sich hier irgendwer als Bürger? Irgendeiner der jungen Männer der Berliner Silvesternacht? Identifizieren sich nennenswerte Teile der migrantischen Jugend von Neukölln oder Moabit oder Wedding als deutsche oder wenigstens als Berliner Bürger?

Berlin, das ist die Stadt, in der Kita-Kinder ihre offenkundig deutschen Kindergärtnerinnen neugierig fragen: Wo bist du her? Aus dem Libanon, der Türkei, dem Kosovo? Sie kennen es nicht an-

ders. Jeder von ihnen kommt irgendwoher. Geht er auch irgendwohin? Wird er oder sie, wenn sie groß sind, ein deutscher Staatsbürger werden? Oder, wie so viele um sie herum, in dieser oder jener Generationen sich erstreckenden Zwischenwelt leben, in der das Geld und die Autos, die Straßenamen und die Behörden deutsch sind – aber alles, was Identität stiftet, das Essen, die Sitten und die Religion, die Vornamen der Kinder und die Kleidung ihrer Mütter, all das ist Herkunft pur. Libanon, Türkei, Kosovo.

Migration ist eine hoch identitäre Bewegung. Und Deutschland ist offenbar kein Land, das darauf eine Antwort findet. Außer die Latte des Geforderten immer tiefer zu hängen und Sonntagsreden über Integration zu halten. Vielleicht weil Deutschland selbst nicht so genau weiß, wer und was es ist. Die jungen Männer spüren das. Wenn sie unsere Feuerwehren und Polizisten angreifen, feiern sie ihre Identität.

wolfgang.buescher@welt.de

VON ANJA GARMS

bergen (Svalbard) lebende „Spitzbergen-Rentier“, eine Unterart der überall in der Arktis vorkommenden Rentiere, geht es indes vergleichsweise gut. Anfang des 20. Jahrhunderts war es aufgrund einer intensiven Bejagung der Ausrottung nahe, doch heute ist der Bestand stabil und die Tiere sind fast überall auf der Inselgruppe verbreitet. Geholfen hat dabei auch die gezielte Umsiedlung von Tieren in Regionen des Archipels, in denen sie ungestört leben können.

■ Edzard Ernst, geboren 1948, gilt als einflussreicher Wissenschaftler auf dem Gebiet der Alternativmedizin. Nach seinem Studium arbeitete er in einem auf Homöopathie spezialisierten Krankenhaus. Er schreibt in loser Folge über alternativmedizinische Verfahren.

Die Stiftung will ihren Fokus auf die Aus- und Weiterbildung und die Förderung von Forschung und Entwicklung im Gebiet der Herzkrankungen legen. Zu diesem Zwecke werden sämtliche kardiovaskuläre Bildungsangebote unter dem Dach der künftigen „DHZB-Akademie“ gebündelt. Im Bereich der Innovationsförderung wird sich die Stiftung insbesondere in der Förderung und Begleitung von Spin-offs und Start-ups im DHZC-Umfeld engagieren. dpo